

Verbraucherpolitische Forderungen der Verbraucherzentrale Brandenburg www.verbraucherzentrale-brandenburg.de/sites/default/files/2019-04/190409_Forderungenkatalog-2019_web.pdf		In Programm zur Brandenburger Landtagswahl 2019 enthalten (0 = nicht enthalten; x = teilweise bis umfanglich enthalten; (x) = nicht enthalten, aber in Wahlprüfstein zustimmend positioniert)					
		SPD	CDU	LINKE	AID	GRÜNE	FDP
#1 Digitale Welt	Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg umsetzen: Konkrete Ziele setzen und mit zusätzlichen Ressourcen unterlegen Zugang ermöglichen: Einsatz für den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet als Element der kommunikativen Daseinsvorsorge – verbunden mit einem jährlichen Fortschrittsbericht gegenüber der Öffentlichkeit Kompetenz schaffen: Sicherung von Medienkompetenz über alle Bevölkerungsgruppen hinweg Bessere digitale Ausstattung von Schulen Erweiterung des Qualifizierungsangebots für Lehrpersonal Online-Abzocke wirksam im Land bekämpfen: Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaften mit den nötigen Ressourcen im Kampf gegen Cyber-Kriminalität gegen Verbraucher	(S. 54: Strategie-Weiterentwicklung, aber ohne Quantifizierung) (S. 26/46/55 u.a.: keine detaillierten Quantifizierungen, kein Fortschrittsbericht) (S. 55: "Wir werden die digitalen Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von älteren Menschen sowie von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern stärken und einen Digitalen Weiterbildungscampus gründen.") (S. 16: Technische Ausstattung sowie Schul-Cloud bereitstellen) (u.a. S. 16: Digitale Weiterbildung von Lehrkräften; aber ohne spezielle Verbraucherthemen) (nur sehr allgemein: S. 56 "Wir streben hohe Sicherheitsstandards und maximale Datenautonomie für die Nutzerinnen und Nutzer an. Unternehmen sollen mit strikten Sanktionen bei Datenmissbrauch rechnen müssen.")	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0
#2 Banken und Sparkassen	Eintreten der Verwaltungsräte der dem Gemeinwohl verpflichteten öffentlich-rechtlichen Sparkassen für mindestens 25-jährige Vertragsdauer bei Prämienparverträge Sicherstellung maximaler Transparenz bei den Entscheidungen der Verwaltungsräte der öffentlich-rechtlichen Sparkassen	(keine Festlegung im Wahlprogramm, aber gemäß Wahlprüfstein zur Kommunalwahl 2019: auf Landesebene durchgängiges Eintreten für mindestens 25-jährige Laufzeit der Prämienparverträge; differenzierte Rückmeldungen auf Kommunalebene)	0	0	0	0	0
#3 Versicherungen	Flächendeckende Erhöhung des Verbreitungsgrades von Wohngebäude- und Hausratversicherungen mit Elementarschutz durch gezielte Maßnahmen der Landesregierung Anbieten verbraucherfreundlicher Elementarschadenversicherungen durch die Versicherungswirtschaft Unterstützung der Verbraucherzentrale Brandenburg bei ihrer anbieterunabhängigen Beratung zu Versicherungen und bei der Verbrauchersensibilisierung	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
#4 Energie	Weiterer Einsatz für die Belange von Fernwärmekunden durch Schaffung von Wettbewerb, Preisregulierung oder Genehmigung der Endpreise Forcierung von Transparenz bei der Fernwärme: Anbieter müssen Basisinformationen zum Preis, zu den zur Wärmeerzeugung eingesetzten Energieträgern sowie zu Emissionen und Netzverlusten für Verbraucher im Internet verfügbar machen	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
#5 Mobilität	Entwicklung und Umsetzung eines landesweiten Masterplans für eine alternative Betankungsinfrastruktur mit Strom, Wasserstoff oder (Bio-) Erdgas sowie Festlegung einer klaren Ressortverantwortung	(u.a. S. 87: E-Ladesäulen singular erwähnt; aber kein energieträgerübergreifender Masterplan)	0	0	0	0	0
#6 Gesundheit	Einsatz für eine Änderung der Rechtsgrundlage für die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD), um die Trägerentscheidung nicht länger beim GKV-Spitzenverband zu belassen Stärkung der VZB, damit sie die Rechte von Patienten gegenüber Anbietern vertreten kann	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
#7 Pflege	Unterstützung der Verbraucherzentrale Brandenburg bei der Schaffung einer institutionellen Pflegevertragsrechtsberatung	0	0	0	0	0	0
#8 Lebensmittel und Ernährung	Einsatz für die strenge Auslegung oder Begrenzung der Stallgröße für Bio-Eier, um das Vertrauen in das Bio-Siegel und die landwirtschaftliche Produktion „Made in Brandenburg“ zu erhalten	0	0	0	0	0	0
#9 Grenzregion	Politischer Einsatz für die Ausweitung der VIZ-Angebote auf andere Anrainerländer wie Mecklenburg-Vorpommern bzw. Sachsen oder auf Bundesländer mit hohen Anteilen polnischsprachiger Bevölkerung, zum Beispiel Berlin	0	0	0	0	0	0
#10 Verbraucherschutz im ländlichen Raum	Förderung von zusätzlichen Digimobil-Fahrzeugen mit persönlichem Videochat, um weitere ländliche Räume (zum Beispiel die Lausitz gemeinsam mit Sachsen) bedienen und die Beratungsfrequenz erhöhen zu können Digitalen Wandel auch im Verbraucherschutz unterstützen	0 (nur sehr allgemein: S. 56 "Wir streben hohe Sicherheitsstandards und maximale Datenautonomie für die Nutzerinnen und Nutzer an. Unternehmen sollen mit strikten Sanktionen bei Datenmissbrauch rechnen müssen.")	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
#11 Kollektive Verbraucherschutz	Ermöglichung eines Teams „Musterfeststellungsklage“ bei der VZB, um Musterprozesse führen zu können, bei denen besonders viele Brandenburger geschädigt worden sind	0	0	0	0	0	0
#12 Stimme für den Verbraucherschutz	Änderung des Rundfunkstaatsvertrages dahingehend, dass zusätzlich ein Vertreter professionell Verbraucherbelange vertritt	0	0	0	0	0	0
Verbraucherschutz in x von #12 Lebensbereichen im Wahlprogramm		1/12	2/12	4/12	1/12	7/12	1/12
Wortzahl "Verbraucher" im jeweiligen Wahlprogramm		6	9	16	7	25	1
Eigene Haupt-Kapitelüberschrift "Verbraucherschutz"		Kapitel 15: "Wir wollen ein Brandenburg, das ... die Interessen der Verbraucher schützt"	-	7.4: Verbraucher*innenschutz	Kapitel 07: "Landwirtschaft und Verbraucherschutz"	Kapitel 1.2: "... und Verbraucherschutz"	-
Exemplarisch: zusätzliche Themen des wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verbraucherschutzes mit i.d.L. gesetzgeberischem Bezug (u.a. ohne Mieterschutz, ohne Umweltschutz, ohne Infrastrukturaspekte, ohne Gebühren- oder Steuerspekte)		Kapitel 15: "Wir wollen ein Brandenburg, das ... die Interessen der Verbraucher schützt" S. 22: gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen S. 71: für gesunde Essgewohnheiten bei Kindern und Jugendlichen S. 52: Tierwohl S. 56: hohe Sicherheitsstandards und maximale Datenautonomie für Nutzer*innen S. 66: Energie/Strom bezahlbar auch für Menschen S. 70 f.: bedarfsgerechte Ausstattung der Verbraucherzentralen; Transparenz bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln; Reduzierung Lebensmittelverschwendung	Rz. 143 f.: gesundes und regionales Mittagessen in Kitas und Schulen Rz. 530 f.: Meisterpflicht auch zum Verbraucherschutz Rz. 933: gegen Lebensmittelverschwendung	Kap. 1: bezahlbare Energieversorgung für S. 70: jeder Mensch muss über eigene Menschen, landeseigene Energieagentur, Daten selbst entscheiden können, selbstverbraachte Energie ohne Umlage Kap. 3: gesundes Mittagessen für Schüler*innen der 1. bis zur 6. Klasse Kap. 7: Informationelle Selbstbestimmung alle Brandenburger und umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Netzneutralität Kap. 11: Schulverpflegung nach DGE-Standard Kap. 11: "Nährwert-Ampel" Kap. 11: bei Lebensmittelunsicherheit und Veterinärwesen wirksame Kontrollen	DSGVO jedoch völlig übers Ziel hinaus geschossen S. 73: sozial verträgliche Strompreise für Verbraucher*innen	S. 7: gegen Lebensmittelverschwendung S. 10: Erhöhung der Förderung der Verbraucherzentrale auf 1 Euro/Einwohner*in/Jahr S. 10: Hygieneampel S. 10: Lebensmittelüberwachung personelle und finanziell besser ausstatten S. 10: jährlichen Lagebericht im Landtag S. 10: Verbraucherschutz als Forschungsgebiet in Brandenburg S. 21: Energieagentur auch für Bürger S. 21: Verbraucher sollen selbst erzeugten Strom einfach nutzen können S. 41: gutes Essen in Kitas S. 46/49: gesundes Mittagessen in der Schule S. 76: Datenschutz zentral für freie und sichere Gesellschaft, Datenschutz stärken	S. 18: Datenschutz stärken, unbegrenzter Datenzugriff auf Persönliches gefährdet die Freiheit des Einzelnen